

Österreichischer Verband Creditreform (ÖVC)

Muthgasse 36-40 (Bauteil 4)
1190 Wien

Gerhard Weinhofer
Telefon +43 1218 6220-551
Telefax +43 1218 6220-199
g.weinhofer@wien.creditreform.de
www.creditreform.at

Verband der Vereine Creditreform e. V.

Hellersbergstr. 12
41460 Neuss

Patrik-Ludwig Hantzsch
Telefon +49 2131 109-172
Mobil +49 173 6936917
p.hantzsch@verband.creditreform.de
www.creditreform.de

Presseinformation

Unternehmensinsolvenzen in Europa, Jahr 2020

Staatseingriffe verhindern Insolvenzwelle

Das massive Eingreifen der Regierungen hat eine Insolvenzwelle in Europa durch die Corona-Krise verhindert. In Westeuropa war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2020 so gering wie seit drei Jahrzehnten nicht mehr. Insgesamt wurden rund 120.000 Unternehmensinsolvenzen registriert. Das war ein deutlicher Rückgang um mehr als ein Viertel (minus 26,9 Prozent) gegenüber dem Vorjahr (2019: 163.000). „Zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie haben die meisten Staaten seit dem Frühjahr 2020 umfangreiche Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft auf den Weg gebracht“, sagt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung in Neuss. „Vor allem die finanziellen Hilfen und auch Änderungen am jeweiligen Insolvenzrecht hätten in Summe zu dem paradoxen Rückgang der registrierten Insolvenzfälle geführt.“

Nahezu alle untersuchten Länder Westeuropas (EU-15 plus Norwegen und die Schweiz) verzeichneten rückläufige Fallzahlen. Einzige Ausnahme war Irland mit einem minimalen Anstieg. Am deutlichsten lag die Zahl der Insolvenzen in den Nachbarländern Österreich, Frankreich, Dänemark und Belgien unter dem Vorjahresstand.

Weniger Insolvenzen auch in Mittel- und Osteuropa

In den Staaten Mittel- und Osteuropas nahmen die Insolvenzzahlen im Corona-Jahr 2020 ebenfalls ab; um 8,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Rund 44.800 Unternehmensinsolvenzen wurden registriert (2019: 49.119 Fälle). In Mittel- und Osteuropa dominiert der Handel das Insolvenzgeschehen mit einem Anteil von 42,7 Prozent aller Insolvenzen. In der Türkei gab es einen Anstieg der Insolvenzzahlen (plus 13,5 Prozent auf rund 16.000 Fälle).

Die meisten Insolvenzen im Dienstleistungsgewerbe

In allen vier Hauptwirtschaftsbereichen nahm die Zahl der Insolvenzen in Westeuropa deutlich ab. Stark rückläufig war die Insolvenzentwicklung insbesondere im Baugewerbe (minus 31,7 Prozent) und im Handel (inkl. Gastgewerbe) mit minus 30,1 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe (minus 25,2 Prozent) und der Dienstleistungssektor (minus 22,5 Prozent) verzeichneten ebenfalls spürbare Rückgänge. Der Dienstleistungssektor dominiert sowohl zahlenmäßig (rund 50.000 Insolvenzfälle) als auch anteilmäßig (42,0 Prozent) das Insolvenzgeschehen in Westeuropa. Der Handel (inkl. Gastgewerbe) weist einen Anteil von 30,1 Prozent auf und das Baugewerbe ist am Insolvenzgeschehen mit 17,4 Prozent

(20.700 Insolvenzfälle) beteiligt. Ein Zehntel aller Insolvenzen (10,5 Prozent) wurde im Verarbeitenden Gewerbe registriert.

Mit hohen Eigenkapitalquoten in die Krise

„Die Unternehmen in Westeuropa sind mit starkem Puffer in die Corona-Krise gegangen“, berichtet Hantzsch. Die Auswertung der Bilanzkennzahlen von mehr als drei Millionen Unternehmen aus dem Vorkrisenjahr zeigt, dass die Gewinnmargen und Eigenkapitalquoten 2019 nochmals zugenommen haben. „Das hat die Stabilität erhöht“, sagt Hantzsch weiter. Ein großer Teil der Unternehmen (46,5 Prozent) verfügte demnach über eine hohe Eigenkapitalquote von über 50 Prozent. Das ist eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Jahr 2012 (40,1 Prozent). 21,9 Prozent der betrachteten Unternehmen gelten als eigenkapitalschwach (weniger als 10 Prozent Eigenkapital).

Insolvenzwellen nur verschoben?

Gleichwohl verzeichnete mehr als jedes fünfte Unternehmen in Westeuropa (21,9 Prozent) mit seinem Geschäftsmodell keine Gewinne. „Nach dem Corona-Einbruch dürften insbesondere auch diese Unternehmen das Insolvenzpotenzial der kommenden Jahre bilden“, sagt Hantzsch. Im Zusammenhang mit dem Auslaufen der staatlichen Hilfsmaßnahmen dürfte dieser Umstand zu steigenden Insolvenzen führen.

3.690 Zeichen

Wien/Neuss, 20. Mai 2021